



Leseprobe aus:

Jens König, Nadja Klinger

Einfach abgehängt



NADJA KLINGER
JENS KÖNIG

EINFACH ABGEHÄNGT

Ein wahrer Bericht über die
neue Armut in Deutschland

Mehr Informationen zum Buch finden Sie [hier](#).

Deutschland – reiches, armes Land

SAGEN WIR es gleich am Anfang freiheraus: Ja, in diesem Land gibt es Armut, und sie breitet sich immer weiter aus.

Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Ausländer, Schulversager, kinderreiche Familien – sie alle sind davon betroffen. Genauso wie Menschen aus der bislang für sicher gehaltenen Mitte der Gesellschaft: Leute, die Arbeit haben, aber schlecht bezahlt werden, Akademiker mit Dokortitel, die keine Anstellung finden, Facharbeiter, die nach zwanzig oder dreißig Jahren ihren Job verlieren und nach einem Jahr Arbeitslosigkeit nur noch von Hartz IV leben.

Das Schicksal liegt im Alltäglichen. Es muss in Deutschland nichts Außergewöhnliches mehr geschehen, damit Menschen sozial abstürzen. Elf Millionen sind arm oder von Armut bedroht, sieben Millionen leben auf Sozialhilfeniveau, fünf Millionen haben keine Arbeit, drei Millionen Haushalte sind überschuldet.

Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft wird härter und unsolidarischer. Die Republik teilt sich wieder in «die da oben» und «die da unten», in Gewinner und Verlierer. Die alten Klassen-gegensätze kehren zurück.

Warum gibt es angesichts dieses gesellschaftlichen Skandals eigentlich keinen lauten Aufschrei?

Warum geht niemand auf die Straße und klagt an, wen auch immer, die Kapitalisten, die Globalisierer, den Staat, die Regierung?

Warum brennen keine Vorstädte wie in Frankreich?

Warum findet sich hierzulande nicht einmal jemand, der die deutsche Variante der Revolte organisiert, einen Aufstand der Anständigen, mit Mahnwachen und Kerzen in der Hand?

Vielleicht wissen ja diejenigen eine Antwort, die an diese Revolution irgendwie noch glauben. Sie stehen auf dem Domplatz in Magdeburg, gleich unterhalb des Bürgerdenkmals, errichtet zu Ehren der Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989. Ein eisiger Wind pfeift über ihre Köpfe hinweg. Es ist der 20. März 2006, kurz vor 17.30 Uhr, in einer halben Stunde wollen sie die Wut, die angeblich in ganz Deutschland wächst, durch die Straßen ihrer Landeshauptstadt tragen. Bis dahin ist «offenes Mikro», jeder, der gekommen ist, darf sagen, was er möchte.

«Ich bin der Achim», sagt ein Mann um die sechzig. Er trägt einen hellen Anorak. «Ihr kennt mich alle. Deswegen von mir heute nur ein Satz: Hartz IV ist der Untergang der Menschheit. Danke.»

Jetzt ist Andy an der Reihe. «Liebe Genossinnen und Genossen», sagt er. Plötzlich korrigiert er sich: «Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger.» Andy trägt einen schwarzen Kapuzenpulli. In seinen schwarzen Rastalocken steckt eine Sonnenbrille. An seinem Rucksack klemmt ein Button der MLPD. «Neue Politiker braucht das Land!», steht darauf. «Ihr wisst, dass die Amis den Iran überfallen wollen. Wir müssen jetzt vor allem mit dem iranischen Arbeiter solidarisch sein.»

Andy reicht das Mikro an Dirk weiter. Dirk ist heute extra aus Hessen angereist, als Wahlhelfer für seine maoistischen Genossen von der Marxistisch-Leninistischen Partei in Sachsen-Anhalt. Er berichtet davon, dass die Montagsdemonstranten in Kassel vor dem Volkswagenwerk Flugblätter gegen die Massenentlassungen bei VW verteilt haben und dabei vom Werkschutz abgedrängt wurden: «Das beweist doch, wie groß die Nervosität unter den Herrschenden mittlerweile ist.» Dirk spricht noch von sozialer Gerechtigkeit, von organisiertem Widerstand und davon, dass die ganze Bande um Merkel und Müntefering zum Teufel gejagt werden müsse. Vor seinem Bauch hängt eine Trommel. Er ist bereit. Wozu auch immer.

Seine Worte verschluckt der Wind. Das macht nichts. Die lieben Magdeburgerinnen und Magdeburger, an die sie gerichtet sind, könnten sie sowieso nicht hören. Sie eilen ein paar hundert Meter weiter durch den Feierabendverkehr. Hier auf dem Domplatz haben sich nur die versammelt, die ohnehin immer kommen. Fünfzig, sechzig Leute. Sie begrüßen sich alle mit Handschlag. Sie halten sich an ein paar roten Fahnen und selbst geklebten Plakaten fest. Es sind Montagsdemonstrationsprofis.

Zwanzig Monate zuvor, am 26. Juli 2004, gingen sie in Magdeburg das erste Mal auf die Straße, um gegen Hartz IV zu protestieren. Es kamen 600 Leute. Eine Woche später waren es bereits 15 000. Und eine weitere Woche später waren in ganz Deutschland die Straßen voll. Überall gab es plötzlich Montagsdemonstrationen. Einfache Bürger hatten sie angemeldet, keine Parteien, keine Gewerkschaften, genau wie im Herbst 1989. Die Menschen fühlten sich in ihrem Stolz verletzt. Sie wollten arbeiten, aber man ließ sie nicht. Und jetzt drohten die mit Hartz IV geplanten Sozialkürzungen vor allem die vielen Arbeitslosenhilfe-Empfänger im Osten in Armut zu stürzen.

«Wir sind das Volk!», brüllten sie in ihrer Verzweiflung. Blanker Hass schlug der Schröder-Regierung in Ostdeutschland entgegen. In Wittenberge warfen sie Eier auf den Bundeskanzler. Einen Sommer lang roch es erneut nach Wende, nach Revolution.

Im Herbst waren fast alle Straßen wieder leer.

In Magdeburg liefen sie einfach weiter, Woche für Woche, Monat für Monat, egal ob es regnete, schneite oder die Sonne schien, jeden gottverfluchten Montag, stets die gleiche Strecke in der Innenstadt entlang: Domplatz, Breiter Weg, Otto-von-Guericke-Straße, Ernst-Reuter-Allee. Mit jedem Mal wurden es weniger. Zuerst ermüdeten sie, dann verloren sie ihr gemeinsames Ziel, dann ihre Wut und schließlich das Volk. Die Übriggebliebenen hat die MLPD unter ihre Kontrolle gebracht. Die maoistischen Agitatoren sind zuver-

lässig dort, wo es nichts mehr zu gewinnen gibt. Jetzt stellen sie den Lautsprecher, die Logistik und die Ideologie.

Heute brechen sie am Domplatz zur 87. Montagsdemo auf, wie immer pünktlich um 18.00 Uhr. Obwohl alles ganz übersichtlich ist, tragen einige von ihnen weiße Ordnerbinden am linken Arm. Übers Mikro wird verkündet, die Polizei habe amtlich festgestellt, der Demonstrationzug umfasse genau 65 Personen. Es bricht großer Jubel aus, so als hätten sie gerade Münzfering aus dem Ministersessel gekippt. 65 ist die magische Zahl – sind sie weniger, müssen sie auf dem Bürgersteig laufen und an jeder Ampel bei Rot stehen bleiben. So sieht es das Versammlungsrecht von Sachsen-Anhalt vor. Jetzt dürfen sie mitten auf der Straße marschieren – und für ein paar Minuten den Verkehr blockieren.

Der Polizist, der die Demonstration begleitet, trägt seine Hände in den Hosentaschen spazieren. Er lächelt entspannt, als er den Jubel der Demonstranten hört. Sie haben diesen kleinen Triumph ihm zu verdanken. Er hat genau gezählt: Es sind 63 Personen. «Was soll's», sagt er. «Heute ist mieses Wetter und kaum Verkehr in der Stadt. Sollen sie auf der Straße laufen. Wenn ich meinen Kollegen und mich dazurechne, sind es ja auch 65.»

Eine Staatsmacht, die ihr Volk nicht fürchten muss, kann es sich leisten, großzügig zu sein.

Dirk aus Hessen schlägt seine Trommel. Andy mit dem schwarzen Kapuzenpulli hält eine rote Fahne in den Wind. Die anderen haben Rasseln und Pfeifen dabei. Sie ziehen durch die Otto-von-Guericke-Straße und stimmen Eislers «Solidaritätslied» an: «Proletarier aller Länder, einigt euch und ihr seid frei. Eure großen Regimenter brechen jede Tyrannei.»

Die Proletarier von Magdeburg haben sich schon geeinigt: Sie machen Feierabend. Auf dem Weg nach Hause bleibt niemand stehen, niemand guckt, niemand reiht sich ein.

Christian Schönfeld sieht aus, als sei ihm das revolutionäre

Arbeitergetue auch nicht ganz geheuer. Er läuft die meiste Zeit schweigend vor sich hin, singt die Lieder nicht mit. Er hält nur tapfer sein selbst mitgebrachtes Plakat in die Höhe. «Die Mauer zwischen Arm und Reich muss weg», steht darauf in großen Buchstaben, und in etwas kleinerer Schrift darunter: «Die Mauer zwischen Ost und West ist schon gefallen».

Schönfeld ist 42 Jahre und arbeitslos. Er ist mindestens 1,90 Meter groß, er lässt sich nicht so einfach unterkriegen. Als einziger von den Demonstranten hier ist er von Anfang an dabei. Heute fuhr er zum 86. Mal die 20 Kilometer aus seiner Heimatstadt Schönebeck nach Magdeburg. «Nur einen einzigen Montag konnte ich nicht. Da war zur selben Zeit eine Demo in Köthen. Ich musste mich entscheiden.»

Schönfeld hat eine typische Ostkarriere hinter sich. In der DDR ist er zum Nachrichtentechniker ausgebildet worden, hat zunächst bei der Reichsbahn und später bei der Filmfabrik ORWO in Wolfen gearbeitet. Nach der Wende, als in seinem Betrieb massenhaft Leute entlassen wurden, suchte er sich einen neuen Job und kam bei einer kleinen Firma als Computerspezialist unter. Die Firma machte Pleite, Schönfeld fand wieder Arbeit, wurde erneut entlassen, schulte um, zog in eine andere Stadt. Er war stets das, was die Politiker von ihren Bürgern verlangen: einsatzbereit und mobil. Er nahm sogar einen Job in Aachen an. Auf Dauer half das alles nichts.

Schönfeld ist seit vier Jahren ohne Arbeit. Er hat sich oft beworben – vergeblich. Seit dem 1. Januar 2005 bekommt er nicht mal mehr Arbeitslosengeld. Schuld daran ist Hartz IV. Dieses Gesetz stempelt ihn zum Mitglied einer «Bedarfsgemeinschaft». Sie besteht aus seiner Freundin und ihm. Seine Freundin hat einen Job bei einer Bank, also erhält Schönfeld keine Unterstützung vom Staat, keinen einzigen Cent. «Ich werde doppelt bestraft», sagt er. «Deswegen gehe ich hier Montag für Montag demonstrieren. Hartz IV muss weg.»

Wenn man ihn fragt, wie das gehen soll, guckt er große Löcher in die Luft. «Ist nicht einfach», antwortet er nach einer langen Pause. «Hartz IV verschwindet nur, wenn alles, was damit zusammenhängt, auch beseitigt wird: die Agenda 2010, die Große Koalition, alle Parteien, die unsoziale Reformen unterstützen.»

Deutschland müsste also von der Landkarte verschwinden.

Ist das der Grund, warum so wenig Menschen auf die Straße gehen? Wissen sie nicht, wogegen sie kämpfen sollen? Haben sie das Gefühl, es sei sinnlos, gegen die Gesetze des Kapitalismus zu rebellieren? Dagegen, dass es Arbeitslosigkeit gibt und die Politik sowieso nichts machen kann? Glauben sie, sie müssten die Regierung oder das ganze System abschaffen, weil ihnen Hartz IV nicht passt?

Es ist jetzt 19.30 Uhr. Die 63 Demonstranten stehen im matten Lichtkegel einer Laterne. Eine Frau verliest eine Solidaritätserklärung. Am Klinikum in Duisburg sind ein paar Ärzte gemäßregelt worden, weil sie sich am Streik von ver.di beteiligt haben. «Wenn ihr alle die Hand hebt, können wir ‹einstimmig› in die Erklärung schreiben», sagt sie. Alle heben die Hand. Nach der Kundgebung stürmen einige den Hauptsitz des Kapitalismus gleich nebenan. Bei McDonald's gibt es montags den Fischmäc im Aktionsangebot: für 2,75 Euro.

Wie sagte der Soziologe Ulrich Beck so treffend: «Die sozialen Bewegungen kommen und gehen – vor allem gehen sie.» Merkwürdigerweise lösen sie sich ausgerechnet dann auf, wenn der Zustand, den sie auf ihren Demonstrationen noch angstvoll heraufziehen sahen, Wirklichkeit geworden ist. Dagegen scheint die Energie der Bewegung nichts mehr ausrichten zu können. Hartz IV, im Sommer 2004 noch der zentrale Punkt des Protestes, ist heute bedrückender Alltag, besonders in Ostdeutschland, auch in Magdeburg. Die Politik hat keines der zentralen Versprechen, die sie mit diesem

Gesetz verband, eingelöst. Weder gibt es mehr Arbeit noch mehr Gerechtigkeit. Dafür sieht der Mangel heute schöner aus.

Die Jobcenter sind in schicken, hellen Gebäuden untergebracht. Dort, wo Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Jobs und Sozialfälle auftauchen, ist jetzt die Zukunft eingezogen. Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden zusammengelegt, jeder, der mindestens drei Stunden am Tag arbeitsfähig ist, muss sich um Arbeit bemühen. Dafür arbeiten die Arbeitsagenturen und die alten Sozialämter Hand in Hand. Jedes noch so kleine Detail über die Betroffenen ist per Computer erfasst: letzte Arbeitsstelle, berufliche Fähigkeiten, Einstellung zu Weiterbildungsmaßnahmen, Größe der privaten Wohnung, Wert des Autos, Bausparvertrag, Lebensversicherung, Kontostand, Einkommen des Lebenspartners. Die Probleme sollen schließlich nicht mehr verwaltet, sondern gelöst werden. Schnell. Zupackend. Unsentimental. Optimistisch.

Aber was, wenn es nichts zu lösen gibt?

Dann spricht man über die Probleme so wie Siegrid Rosam: kenntnisreich und illusionslos, gänzlich frei von politischen Parolen. «Wo wenig Arbeit ist, kann auch kaum welche vermittelt werden», sagt sie. «Die Hartz-Philosophie funktioniert bei uns nicht richtig.»

Rosam verwaltet Armut und Hoffnungslosigkeit. Mehr kann sie nicht tun. Sie ist eine energische Frau, 52 Jahre alt, studierte Wirtschaftsjuristin, nach der Wende 1989 fast fünfzehn Jahre lang im Sozialamt tätig, seit Anfang 2005 Geschäftsführerin des Jobcenters Magdeburg. Sie sitzt im neuen, eleganten City-Carré in der Innenstadt, gleich neben der Deutschen Bank. «Jobvermittlung» steht in großen, roten Buchstaben an der Außenwand des Gebäudes. Das berühmte dreieckige «A» im Kreis erinnert daran, dass hier früher noch richtige Arbeit vermittelt worden ist – heute sind oft nur schlecht bezahlte Arbeitsgelegenheiten zu haben. Die Flure im Jobcenter sind weiß gestrichen, sie sehen freundlich aus, blaugrauer

Teppichboden, neue Stühle mit glänzendem Metallrahmen. An den Wänden hängen überall kunstvoll komponierte Farbfotos: Schloss Neuschwanstein, die Semperoper, der Potsdamer Platz. Deutschland sieht auf den Fotos so schön aus, wie es, von Magdeburg aus betrachtet, nie war und auch nie werden wird.

Diese traurige Erkenntnis meißelt Siegrid Rosam mit ein paar Zahlen in Stein. Anfang 2006 waren in Magdeburg offiziell 22 345 Menschen arbeitslos; das entspricht einer Arbeitslosenquote von 19,2 Prozent. Fast die Hälfte davon ist bereits länger als ein Jahr ohne Beschäftigung, manche sogar schon seit 1990. Die Chance, jemals wieder einen Job zu bekommen, ist für viele gleich null. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen: rund 2500, davon fast zwei Drittel nur Teilzeitjobs. Da stößt, um es vorsichtig zu formulieren, die Kunst der Arbeitsvermittlung an ihre Grenzen.

Das Jobcenter betreut über 15 000 Arbeitslose. Für die restlichen 7000, diejenigen, die erst vor kurzem ihren Job verloren, ist die Arbeitsagentur zuständig. Dort kriegen sie wenigstens noch ein Jahr lang ein halbwegs ordentliches Arbeitslosengeld I. Bei Siegrid Rosam landen die harten Fälle: Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Ausbildung und ohne Job, allein erziehende Frauen, Ältere, die niemand mehr einstellt. Pro Monat ziehen nur ein paar hundert von ihnen das große Los: einen festen Job, wenn oft auch nur befristet, einschließlich einer Sozialversicherung. Der Rest wird, wie es so schön aufmunternd heißt, arbeitsfähig gehalten, für welches Beschäftigungsparadies der Zukunft auch immer – mit Ein-Euro-Jobs, Weiterbildungen, Trainingskursen, Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen. Ihr monatliches Auskommen: maximal 331 Euro Arbeitslosengeld II (seit 1. Juli 2006, seit der Ost-West-Angleichung auf unterstem Niveau, 345 Euro), plus Mietkosten, im Falle von Kindern unter 15 Jahren Sozialgeld und manchmal noch ein paar dazuverdiente Euro.

Dieses Auf-Trab-Halten ist für viele junge Leute notwendig, da-

mit sie überhaupt jemals Aussicht auf einen Arbeitsplatz haben. Siegrid Rosam berichtet vom «Magdeburger Jugendnetz», einem Projekt des Jobcenters, bei dem junge Leute, die weder die Hauptschule noch eine Ausbildung abgeschlossen haben und denen es an elementaren Fähigkeiten mangelt, das Simpelste lernen: früh aufstehen, den Ablauf eines Tages strukturieren, einer Beschäftigung nachgehen. «Die Bereitschaft, sich solchen Maßnahmen zu unterziehen, ist sehr gering», räumt Rosam ein. «Ich habe Mühe, die Programme voll zu bekommen.» Für die katastrophalen Startbedingungen dieser jungen Leute gibt es seit Jahren einen Fachbegriff, den sie schon im Schlaf herbeten kann: «multiple Vermittlungshemmnisse». Wer schon in jungen Jahren nichts anderes kennen gelernt hat als Hoffnungslosigkeit, der gibt sich auf. Er ist für den Arbeitsmarkt nicht mehr vermittelbar.

Wenn die Geschäftsführerin davon erzählt, klingt ihre Stimme härter als sonst. Bei älteren Arbeitslosen – und älter heißt hier: ab 50 Jahre aufwärts – zeigt sie mehr Verständnis. In einem «Pakt für Ältere» bietet das Jobcenter 177 finanzierte Arbeitsstellen an: gemeinnützige Beschäftigungen in der Denkmalpflege, bei der Kirchensanierung und in sozialen Diensten. Die Stellen sind auf drei Jahre befristet, Verdienst neben dem Arbeitslosengeld II: 1,28 Euro die Stunde. Einige nehmen dieses Angebot dankbar an, damit sie ihre Verzweiflung zu Hause nicht im Alkohol ersäufen, andere lehnen sie als repressive Zwangsmaßnahmen ab. Sie wollen sich in ihrem Alter nicht für einen Arbeitsmarkt fit halten müssen, der längst nicht mehr auf sie wartet. In dem Projekt hat Rosam immer noch Stellen frei.

«Viele der Älteren haben sich in ihrer Hoffnungslosigkeit eingerichtet», glaubt sie. «Wir produzieren nur neue Enttäuschungen, wenn wir ihnen vorgaukeln, sie hätten irgendwann noch die Chance auf einen Job.»

Siegrid Rosam guckt aus dem Fenster ihres Büros. Vor zwei